

**Bericht des Bundesministeriums des Innern  
zu den innenpolitischen Schwerpunkten  
der deutschen EU-Ratspräsidentschaft  
im ersten Halbjahr 2007**

Der Entwurf des Arbeitsprogramms der Bundesregierung für die deutsche EU-Präsidentschaft war am 11. Oktober 2006 erstmals Gegenstand der Beratungen des Bundeskabinetts. Der Entwurf wurde zur Kenntnis genommen und soll auch in den kommenden Wochen für Änderungen oder Ergänzungen offen bleiben. Insoweit sind die nachfolgenden Ausführungen zum innenpolitischen Programm noch als vorläufig anzusehen.

Deutschland bestreitet zum ersten Mal in der Geschichte der Europäischen Union zusammen mit Portugal und Slowenien die Präsidentschaften auf der Grundlage eines gemeinsamen Arbeitsprogramms.

Fest steht für den innenpolitischen Teil: erstens soll die praktische Zusammenarbeit intensiviert und konsolidiert werden. Zweitens soll ein Schwerpunkt auf der Integrationspolitik und der Förderung des interkulturellen Dialogs liegen. Drittens will Deutschland gemeinsam mit Kommission und Mitgliedstaaten einen Anstoß für die künftige Gestaltung europäischer Innenpolitik geben. Im Mittelpunkt der Bemühungen des deutschen Vorsitzes stehen die Sicherheitsinteressen der Bürgerinnen und Bürger Europas.

**Zu einzelnen Vorhaben:**

**Terrorismusbekämpfung, polizeiliche Zusammenarbeit**

- Überführung des am 27. Mai 2005 zwischen sieben Mitgliedstaaten in Prüm abgeschlossenen Vertrags über die Vertiefung der grenzüberschreitenden polizeilichen und justitiellen Zusammenarbeit, insbesondere zur Bekämpfung des Terrorismus, der grenzüberschreitenden Kriminalität und der illegalen

Migration, in den EU-Rahmen. Dies beinhaltet vor allem die im Vertrag geregelten gegenseitigen Zugriffsrechte auf DNA- und Fingerabdruckdaten sowie Fahrzeugregister.

- Stärkung des europäischen Polizeiamtes Europol, insbesondere durch Ausbau seiner operativen Fähigkeiten. Nutzung von Europol zur Beobachtung und Auswertung des Internets und bei der Analyse bestimmter internettypischer Verbrechensphänomene.
- Verbesserung der praktischen Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus und der Organisierten Kriminalität.
- Schaffung eines Europäischen Informationsverbunds: optimaler Zugang der Polizei- und Sicherheitsbehörden zu den EU-Informationssystemen (SIS, VIS, ZIS und EURODAC).
- Stärkung der innenpolitischen Zusammenarbeit mit den Nachbarstaaten der Europäischen Union. Zusätzlicher Schwerpunkt im Osten und Südosten Europas insbesondere zur Bekämpfung von Terrorismus, Drogenkriminalität, Menschenhandel und Korruption.

#### **Fortentwicklung des Bevölkerungsschutzes**

- Stärkung des EU-Gemeinschaftsverfahren unter Berücksichtigung des Subsidiaritätsgrundsatzes. Einsetzen für eine aktivere Rolle des Monitoring- und Informationszentrums der EU bei der Koordination von Hilfeinsätzen in- und außerhalb Europas.

#### **Migrations- und Flüchtlingspolitik, Außengrenzen**

- Bekämpfung illegaler Migration mit einem ganzheitlichen Ansatz. Ausbau der Europäischen Grenzschutzagentur FRONTEX zu einem effektiven Gemeinschaftsinstrument zur Bekämpfung der illegalen Einreisen in die EU.
- Vorantreiben der Arbeiten am europäischen Visum-Informationssystem (VIS) und dem damit verbundenen Einsatz biometrischer Merkmale. Das VIS soll ein wesentliches Element der europäischen Zusammenarbeit bei der

Bekämpfung von illegaler Migration, von „Visa-Shopping“ und der Bekämpfung des internationalen Terrorismus sowie der Organisierten Kriminalität werden.

- Harmonisierung des Einsatzes biometrischer Verfahren (z. B. digitalisierte Fingerabdrücke und Lichtbilder) im Visumverfahren, bei Reisepässen, Aufenthaltstiteln, und Ausweisen in der EU.
- Verbesserung der praktischen Zusammenarbeit der Asylbehörden der Mitgliedstaaten. Evaluierung der Rechtsakte der ersten Harmonisierungsphase.
- Voranbringen der Verhandlungen zum europäischen Konzept zur legalen Zuwanderung. Deutschland und Frankreich haben beim G6-Ministertreffen in Stratford-upon-Avon am 25. und 26. Oktober 2006 die Einführung freiwilliger, am jeweiligen Arbeitsmarkt orientierter nationaler Quoten für ausgewählte Migranten aus Entwicklungsländern angeregt. Auf der Grundlage temporär befristeter Visa bzw. Aufenthaltstitel stehen Wissensaustausch und -transfer sowie Weiterqualifizierung im Vordergrund. Andererseits sollen die Herkunftsländer hinsichtlich der Rückkehr ihrer Staatsbürger sowie ihrer beruflichen Integration im Anschluss an die Rückkehr in die Pflicht genommen werden.

#### **Verwaltungszusammenarbeit, E-Government**

- Weiterentwicklung des Informations- und Erfahrungsaustausches über Leistungspotentiale und Entwicklungsmöglichkeiten nationaler Verwaltungen im Europäischen Netz öffentlicher Verwaltungen (EUPAN). Verstärkung der europäischen Verwaltungszusammenarbeit und paneuropäischer Verwaltungsdienstleistungen. Aktive Unterstützung der Umsetzung des Aktionsprogramms E-Government der Kommission. Schaffung eines europäischen Rahmens für eine sichere, elektronische Identifizierung und Förderung offener und standardisierter Dokumentenaustauschformate.

### **Dopingbekämpfung**

- Stärkung der Zusammenarbeit der nationalen Dopingagenturen auf europäischer Ebene durch Bildung eines Netzwerkes. Erlangung von europäischen Mindeststandards bei der Dopingbekämpfung.

### **Datenschutz und Statistik**

- Untersuchung von Regelungen zu Meldepflichten und zur Unabhängigkeit der Aufsichtsbehörden mit dem Ziel einer Vereinfachung der Rechtsanwendung.
- Förderung einer klaren Prioritätensetzung, die vorsieht, dass hinsichtlich angeordneter Statistiken die Kostenfolgen transparent gestaltet werden und neue Statistiken nur bei Beachtung der Leistungsfähigkeit der nationalen Ämter der Mitgliedstaaten angeordnet werden dürfen.
- Zügiges Voranbringen der Beratungen über die geplante Verordnung über eine gemeinschaftsweite Volkszählung, damit die Mitgliedstaaten sich rechtzeitig auf die Vorgaben der EU für den Zensus 2010/11 einstellen können.

### **Integration und interkultureller Dialog**

- Förderung der nachhaltigen Integration von Zuwanderern als Bedingung für gutes und friedliches Zusammenleben in Europa. Umsetzung der auf europäischer Ebene bestehenden Ansätze der Integrationspolitik und Förderung eines interkulturellen Dialogs. Durchführung eines Treffens der für die Integrationspolitik zuständigen Minister der Mitgliedstaaten im Mai 2007 in Potsdam.

### **Die Zukunft europäischer Innenpolitik**

- Anstoßen einer vertieften Diskussion zur Zukunft der europäischen Innenpolitik für die Zeit nach 2010, also nach der Geltungsdauer des „Haager Programm zur Stärkung von Freiheit, Sicherheit und Recht in der Europäischen Union“ von November 2004.